

Proseminararbeiten im Fach Rechtsgeschichte (HS 2021 / FS 2022)

Prof. René Pahud de Mortanges / Dr. Urs Fasel

Themen

1. Das Vollmachtsregime des Bundesrats

Die Bundesversammlung hat den Bundesrat während des Ersten und Zweiten Weltkrieges mit der Notrechtsetzungskompetenz ausgestattet. Untersuchen Sie, ob das Vollmachtsregime des Bundesrates legitim war und zeigen Sie die Konsequenzen für die Rechtssetzung und die Politik auf.

2. Eine kantonale Privatrechtskodifikation und ihr Verfasser

Wählen Sie eine kantonale Privatrechtskodifikation aus und erläutern Sie den verfassungsrechtlichen und politischen Hintergrund seiner Entstehung, den Verlauf der Kodifikationsarbeiten, die Einflüsse und Fortwirkungen und einzelne charakteristische Regelungen. Schildern Sie auch den beruflichen Werdegang des Redaktors und seine Bedeutung als Jurist und gegebenenfalls als Politiker des 19. Jahrhunderts. Mögliche Varianten wären beispielsweise:

- Johann Kaspar Bluntschli und das zürcherische PGB
- Samuel Ludwig Schnell und das Berner Zivilgesetzbuch
- Jakob Blumer und die glarnerische Kodifikation
- Das Civilgesetzbuch des Kantons Graubünden von Peter Conradin von Planta
- Johann Baptist Reinert und die Eigenheiten des Solothurner Zivilgesetzbuches

3. Der Kodifikationsstreit zwischen Thibaut und Savigny

Es ist heute selbstverständlich, dass in Deutschland ein einheitliches bürgerliches Recht existiert. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts galten aber im damaligen deutschen Gebiet ganz unterschiedliche rechtliche Regelungen, die vielfach auf das römisch-gemeine Recht zurückgingen und sich mit territorial geprägtem, nicht kodifiziertem Gewohnheitsrecht vermengten. Nach dem Zerfall des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation kam die Idee nach Vereinheitlichung des Rechts im deutschen Gebiet auf. Dies veranlasste den Rechtswissenschaftler Anton Friedrich Justus Thibaut im Jahr 1814 zum Verfassen seiner Schrift „Von der Nothwendigkeit eines allgemeinen bürgerlichen Rechts für Deutschland“. Noch im selben Jahr antwortete Friedrich Carl von Savigny ablehnend darauf mit seiner Abhandlung „Vom Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft“. Diese Auseinandersetzung zweier bemerkenswerter Rechtswissenschaftler ist uns heute als Kodifikationsstreit bekannt und gilt als Wegbereiter zum BGB.

Legen sie die Biografie und Bedeutung von Thibaut und Savigny dar und beschreiben Sie anhand deren Argumente den Kodifikationsstreit.

4. Gustav Radbruch: Leben und Werk, unter besonderer Beachtung der Radbruch'schen Formel

Zeigen Sie das Leben und Werk des deutschen Rechtsgelehrten und Politikers Gustav Radbruch auf. Konzentrieren Sie sich im Besonderen auf die Umstände, die zur Herausbildung der so genannten Radbruch'schen Formel führten und erläutern Sie diese eingehend an Hand des Beispiels der Mauerschützenprozesse. Halten Sie die allgemeinen biographischen und histori-

schen Elemente bewusst kurz und versuchen Sie stattdessen, aus heutiger Sicht eine Wertung dieser Formel vorzunehmen.

5. Irving gegen Lipstadt

In ihrem 1993 veröffentlichten Buch *Denying the Holocaust* bezeichnet die US-amerikanische Historikerin Deborah Lipstadt den englischen (revisionistischen) Historiker David Irving als Holocaustleugner. In der Folge strengt dieser ein Verfahren gegen sie wegen Verleumdung an, welches weltweit Aufsehen erregt und die Frage nach der Objektivität/Wissenschaftlichkeit der Geschichtsschreibung in den öffentlichen Diskurs erhebt. Beschreiben Sie einleitend die wesentlichen Personen im Prozess und den allgemeinen Prozessverlauf. Verschiedene Aspekte um die Sie Ihre Fragestellung konzipieren könnten: Berichterstattung in den Medien, Besonderheit der Verleumdung im englischen Recht, Historikerprozess, Analyse von David Irvings Publikationen (Entwicklung zum Leugner), Verteidigungsstrategie von Lipstadt und ihren Anwälten.

6. Die Geschichte des Frauenstimmrechts in der Schweiz

Am 7. Februar 1971 wurde in der Schweiz durch eine eidgenössische Abstimmung das Frauenstimmrecht (Stimm- und Wahlrecht) eingeführt. Die ersten Anträge zur Einführung des Frauenstimmrechts gehen allerdings bis zur Zeit des ersten Weltkrieges zurück. Die Schweiz war somit eines der letzten europäischen Länder, welches seiner weiblichen Bevölkerung die vollen Rechte als Bürger zugestand. Bis zur Einführung des Frauenstimmrechts in allen Kantonen vergingen allerdings weitere Jahrzehnte: So führte Appenzell Innerrhoden erst am 29. April 1990 als letzter Kanton das Stimmrecht für Frauen auf kantonaler Ebene ein. Gehen Sie der Geschichte des Frauenstimmrechts in der Schweiz nach und beleuchten Sie, welche politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründe die Einführung dieses Rechts (solange) verzögerten und wie es schliesslich zur verfassungsrechtlichen Verankerung dieses Rechts kam. Welche Argumente sprachen für und welche gegen die Einführung des Frauenstimmrechts?